

31/1993

# Der Weg ist frei zur Europäischen Union

Das Bundesverfassungsgericht hat mit der Ablehnung der Verfassungsbeschwerden gegen den Maastrichter Vertrag den weiteren Weg zur Europäischen Union freigegeben. Die Europäische Union ist der wichtigste Schritt im Prozeß der europäischen Einigung seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1958.

Die wichtigsten Neuerungen durch die Europäische Union:

## ● Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Zukünftig kann die Europäische Union gemeinsame Aktionen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik durchführen, sofern wichtige Interessen der Mitgliedsstaaten betroffen sind. Mit Mehrheit können nun die Bereiche KSZE-Politik, Abrüstungs- und Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung von Atomwaffen und Rüstungsexport entschieden werden.

Die Westeuropäische Union (WEU) wird zum

(Fortsetzung Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

### ● Europa

Generalsekretär Peter Hintze zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Eine eindrucksvolle Bestätigung der Politik der CDU unter Führung von Helmut Kohl. Seite 2

Bernhard Sälzer: Mehr Rechte für das Europäische Parlament. Seite 4

### ● Präsidiumssitzung

Generalsekretär Peter Hintze: Der Wahlkampf im nächsten Jahr wird unter dem Thema „Wir sichern Deutschlands Zukunft!“ stehen. Seite 8

### ● CDU Sachsen

6. Landesparteitag in Chemnitz: Erstes Grundsatzprogramm zeigt, wie Sachsen im Jahr 2000 aussehen soll. Seite 11

### ● Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsstrukturen jetzt neu gestalten: Arbeitsmarkt an den flexiblen Anforderungen orientieren. Seite 12

### ● Betriebsräte

200.000 Arbeitnehmervertreter stellen sich 1994 neu zur Wahl. Seite 16

## Freiheit und Verantwortung

Den Leitantrag des Bundesvorstandes zum neuen Grundsatzprogramm der CDU an den 5. Parteitag vom 21. bis 23. Februar 1994 in Hamburg finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe. — Diese Dokumentation ist ab sofort auch in unserem Versandzentrum in 33759 Versmold, Postfach 1164 (Fax: 054 23-4 1521) zu bestellen: ● Bestell-Nr.: 5735, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis je Einheit: 34,50 DM.



## Peter Hintze: Eindrucksvolle Bestätigung

*Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastrichter Vertrag über eine Europäische Union bestätigt eindrucksvoll die Politik der CDU unter Führung von Helmut Kohl. Damit ist der Weg zur Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses frei. Auf diesem Weg werden wir unsere nationale Identität bewahren und sie durch das gemeinsame Vorgehen der europäischen Völkergemeinschaft in wichtigen politischen Feldern stärken und sichern.*

(Fortsetzung von Seite 1)

Sicherheitsinstrument der Europäischen Union. Weitere Bereiche werden voraussichtlich schon beim EG-Sondergipfel am 29. Oktober 1993 festgelegt. Die EG-Mitgliedsstaaten werden durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik international handlungsfähiger. Mit der europäischen Union sichern wir auf Dauer Frieden und Freiheit durch institutionalisierten Interessenausgleich in Europa.

### ● **Europol**

Mit der Europäischen Union können moderne, wirksame Methoden der internationalen Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden. Es wird ein europäisches Kriminalamt Europol aufgebaut, das die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Drogenmafia über Grenzen hinweg durch Informationsaustausch sichert. Schwerpunktaufgabe in der ersten Phase ist die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels durch den Aufbau von Informationsdateien, die Herstellung von Lagebildern, die Ausarbeitung von Vorbeugungsstrategien und die Unterstützung der nationalen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Beim EG-Sondergipfel am 29. Oktober 1993 werden Sitz und weitere konkrete Befugnisse von Europol festgelegt.

### ● **Gemeinsame Visa- und Asylpolitik**

Mit der Europäischen Union wird eine gemeinsame Visapolitik eingeführt.

Dadurch kann erheblicher Verwaltungsaufwand für Reisende in die Europäische Union reduziert werden. Zukünftig reicht das Visum eines Mitgliedstaates aus, um auch die anderen Länder besuchen zu können. Noch vor Jahresende wird über eine gemeinsame Asylpolitik der EG-Mitgliedsstaaten entschieden.

### ● **Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft**

Der Vertrag über die Europäische Union gewährleistet eine bessere demokratische Kontrolle.

Das Europäische Parlament bekommt mehr Rechte:

- Das Europäische Parlament erhält ein gleichberechtigtes Mitspracherecht bei der Ernennung der EG-Kommission. Damit kann zukünftig keine europäische Exekutive mehr gegen den Willen der demokratischen Mehrheit eingesetzt werden.

- Das Europäische Parlament erhält im neuen Mitentscheidungsverfahren ein Vetorecht in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Verbraucherschutz und Binnenmarkt sowie für die Rahmenprogramme zu Forschung und Umwelt.

- Das Europäische Parlament erhält das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht prüfen.

- Das Europäische Parlament erhält das Recht, von der EG-Kommission eine



Rechnungslegung über alle Ausgaben zu fordern.

● Das Europäische Parlament erhält ein indirektes Initiativrecht bei der europäischen Gesetzgebung durch die Möglichkeit, der Kommission Gesetzesinitiativen vorzuschlagen.

Auch Bundestag und Bundesländer wirken zukünftig stärker bei der europäischen Gesetzgebung mit. Durch den im Zuge der Maastricht-Ratifikation vereinbarten Grundgesetzartikel 23 wird gewährleistet, daß die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zu europäischen Rechtssetzungsakten die Stellungnahme des Bundestages einholt und diese berücksichtigt. Das bisherige demokratische Defizit wird dadurch verringert.

Wenn fast ausschließlich Länderangelegenheiten betroffen sind, sollen zukünftig die Länder Deutschland europäisch vertreten.

Alle EG-Bürger erhalten eine zusätzliche Unionsbürgerschaft. Sie dürfen an ihrem Wohnsitz an den Kommunal- und Europawahlen teilnehmen. Sie können auch in Drittstaaten, in denen das eigene Land keine diplomatische Vertretung hat, konsularisch durch Vertretungen anderer EG-Mitgliedsstaaten betreut werden.

## ● Bürgernähe und Bewahrung der regionalen und nationalen Identität

Zukünftig darf die Europäische Union nur noch dann handelnd eingreifen, wenn die Aufgabe nicht auch genauso gut auf nationaler oder regionaler Ebene erledigt werden kann. Durch dieses jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbare Subsidiaritätsprinzip im Maastrichter Vertrag und seine Konkretisierung durch die EG-Gipfel in Birmingham und Edinburgh im Herbst 1992 sowie durch die Verpflichtung zu einer bürgernahen Politik wird die Bewahrung der regiona-

len und nationalen Identität in der Europäischen Union gesichert.

Zusätzlich gestärkt wird die regionale Ebene durch den neuen beratenden Regionalausschuß. Die deutschen Bundesländer werden 21, die deutschen Kommunen 3 Vertreter dorthin entsenden. Die Europäische Union bedeutet keine Einschränkung nationaler oder regionaler Eigenheiten, sondern bezieht sie ausdrücklich mit ein.

## ● Gemeinsame Europawährung

Ab 1999 wird eine einheitliche europäische Währung in den EG-Staaten schrittweise eingeführt, die die strengen Stabilitätskriterien für Geldwertstabilität und niedrige Verschuldung erfüllen. Nach gegenwärtigem Stand werden dies voraussichtlich nur Hartwährungsländer wie Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Deutschland und Dänemark sein. Damit ist sichergestellt, daß die künftige europäische Währung alle Chancen hat, mindestens genauso stabil zu sein wie die D-Mark.

● Die Staatsverschuldung von Teilnehmerstaaten darf 60 Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten, die Neuverschuldung nicht höher sein als 3 Prozent des Volkseinkommens, die Inflation nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der 3 preisstabilsten Staaten liegen.

● Die Europäische Zentralbank wird nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank von politischen Weisungen unabhängig und nur dem Geldwert verpflichtet sein.

● Die europäische Währung wird hart sein, weil auch nach Beginn der Währungsunion Stabilitätspolitik notfalls mit Sanktionen gegen die einzelnen Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden.

Die Risiken sind bestmöglich begrenzt, die Chancen gerade für Deutschland aber unübersehbar:



## Mehr Rechte für das Europäische Parlament

**Durch die Ablehnung der fünf Verfassungsbeschwerden hat nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer, das Bundesverfassungsgericht die Voraussetzung für die endgültige Inkraftsetzung des Vertrages von Maastricht geschaffen.**

Gleichzeitig seien damit dem Europäischen Parlament weitgehende zusätzliche Rechte und Verantwortung übertragen worden. Für wichtige Gesetzgebungsverfahren gelte die gleichberechtigte Stellung von Parlament und Ministerrat.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft wird in Zukunft nur durch Zustimmung des Parlaments in ihr Amt kommen. Insgesamt hat das Parlament damit Mitwirkungsmöglichkeiten, die zum Teil über die Rechte von nationalen Parlamenten in anderen EG-Mitgliedstaaten hinausgehen.

Von zentraler Bedeutung ist für Sälzer

die Möglichkeit, auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht in den Fragen der inneren Sicherheit (Europol) und der Außen- und Sicherheitspolitik die im Vertrag vorgesehenen nächsten Schritte einzuleiten, um den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der Bürger in der EG Rechnung zu tragen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht läßt diese notwendigen Schritte zur Verwirklichung der Europäischen Union zu. Sälzer begrüßt die Festlegung des Verfassungsgerichts, alle Aufgaben, die der Gemeinschaft übertragen werden, durch präzise Vertragsergänzungen und Vertragsänderungen zu formulieren.

Die vom Verfassungsgericht beschriebene zukünftige Legitimation des Europäischen Parlaments ist — so Sälzer — in voller Übereinstimmung mit den Forderungen der EVP-Fraktion, die sich immer für ein „übereinstimmendes Wahlrecht“ in „allen Mitgliedstaaten“ eingesetzt hat.

● Die jüngsten deutlichen Aufwertungen der D-Mark gegenüber wichtigen Konkurrenzwährungen haben die Wettbewerbsposition der deutschen Exportindustrie beschädigt, Arbeitsplätze gefährdet und zusätzlichen Druck auf Löhne und Sozialsystem ausgeübt. Solche negativen Entwicklungen können nur durch eine einheitliche Europäische Währung vermieden werden.

● Erst durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung kann der Binnenmarkt seine ganze Kraft entfalten. Preise und Kosten werden transparent, das Wirtschaftswachstum erhält zusätzliche Impulse, die Einfüh-

rung neuer Produkte und Produktionstechniken erfolgt schneller und die deutsche und europäische Wirtschaft wird damit insgesamt konkurrenzfähiger.

### ● Soziales Europa

Mit Ausnahme von Großbritannien können mit dem Beginn der Europäischen Union die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer verbessert und die Sozialvorschriften durch eine zügige Umsetzung der in der EG-Sozialcharta und dem Sozialen Aktionsprogramm verordneten Mindestnormen angeglichen werden.



## **Der Vertrag eröffnet den Weg zu einer stufenweisen weiteren Integration der europäischen Rechtsgemeinschaft**

Das Bundesverfassungsgericht — Zweiter Senat — hat über fünf Verfassungsbeschwerden entschieden, die sich gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag über die Europäische Union und gegen das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes richteten, mit dem die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) geschaffen werden sollten.

Das Bundesverfassungsgericht hat nur eine der Verfassungsbeschwerden als zulässig beurteilt und insoweit nur geprüft, ob der Unions-Vertrag mit Art. 38 GG zu vereinbaren sei. Art. 38 GG gewährleistet den wahlberechtigten Deutschen das subjektive Recht, an der Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages teilzunehmen.

Diese Verbürgung erstrecke sich auch auf den grundlegenden demokratischen Gehalt dieses Rechts: Gewährleistet werde auch das Recht, durch die Wahl an der Legitimation der Staatsgewalt durch das Volk auf Bundesebene mitzuwirken und auf ihre Ausübung Einfluß zu nehmen.

Für die europäische Integration schließe Art. 38 GG aus, die durch die Wahl bewirkte Legitimation und Einflußnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt durch Verlagerung von Aufgaben und Befugnissen des Bundestages so zu entleeren, daß das demokratische Prinzip, soweit es das Grundgesetz für unantastbar erkläre, verletzt werde.

Im Ergebnis hat das Bundesverfassungsgericht den Unions-Vertrag für vereinbar mit dem demokratischen Prinzip erklärt, dabei aber bestimmte Voraussetzungen für die Europäische Union festgehalten und bestimmte Anforderungen an ihre demokratische Legitimation hervorgehoben.

Das Demokratieprinzip hindere die Bundesrepublik Deutschland nicht an einer Mitgliedschaft in einer — supranational organisierten — zwischenstaatlichen Gemeinschaft. Voraussetzung der Mitgliedschaft sei aber, daß eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einfluß-

### **Verlautbarung der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts zum Urteil von Maastricht**

nahme auch innerhalb des Staatenverbundes gesichert sei.

Da der Unions-Vertrag einen Staatenverbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der — staatlich organisierten — Völker Europas begründe, jedoch keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat, seien es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch die Europäische Union über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren hätten.

Damit seien der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. Dem Deut-



schen Bundestag müßten Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung komme der Legitimation an das Europäische Parlament eine stützende Funktion zu, die sich verstärken ließe, wenn es nach einem in allen Mitgliedstaaten übereinstimmenden Wahlrecht gewählt würde und sein Einfluß auf die Politik und Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaften wüchse. Entscheidend sei, daß die demokratischen Grundlagen der Union schritthaltend mit der Integration ausgebaut würden und auch im Fortgang der Integration in den Mitgliedstaaten eine lebendige Demokratie erhalten bleibe.

Art. 38 GG werde auch verletzt, wenn das Gesetz, das die deutsche Rechtsordnung für die unmittelbare Geltung und Anwendung von Recht der Europäischen Gemeinschaften öffne, die zur Wahrnehmung übertragenen Hoheitsrechte und das beabsichtigte Integrationsprogramm nicht hinreichend bestimmbar festlege.

Stehe nicht fest, in welchem Umfang und Ausmaß der deutsche Gesetzgeber der Verringerung der Ausübung von Hoheitsrechten zugestimmt habe, so käme das einer Generalermächtigung gleich und wäre damit eine Entäußerung von Hoheitsrechten, gegen die Art. 38 GG schütze.

Der Unions-Vertrag bestimme jedoch die Aufgaben der Europäischen Union und der ihr zugehörigen Gemeinschaften in einer hinreichend voraussehbaren Weise. Der Vertrag folge dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, erlaube also ein Tätigwerden der Union ausschließlich auf der Grundlage ausdrücklicher vertraglicher Ermächtigung. Der Vertrag ermächtige die Union nicht, sich aus eigener Macht die Finanzmittel oder sonstige Handlungsmittel zu verschaffen,

die sie zur Erfüllung ihrer Zwecke für erforderlich erachte.

Darüber hinaus setze das Subsidiaritätsprinzip der Kompetenzwahrnehmung eine Schranke. Die Bundesrepublik Deutschland unterwerfe sich insbesondere mit der Ratifikation des Unions-Vertrages nicht einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren „Automatismus“ zu einer Währungsunion; der Vertrag eröffne den Weg zu einer stufenweisen weiteren Integration der europäischen Rechtsgemeinschaft, der in jedem weiteren Schritt entweder von gegenwärtig für das Parlament vorausschätzenden Voraussetzungen oder aber von einer weiteren, parlamentarisch zu beeinflussenden Zustimmung der Bundesregierung abhängige.

Die Inanspruchnahme weiterer Aufgaben und Befugnisse durch Europäische Union und Europäische Gemeinschaften seien von Vertragsergänzungen und Vertragsänderungen abhängig gemacht und daher der zustimmenden Entscheidung der nationalen Parlamente vorbehalten. Insgesamt sei die Besorgnis des Beschwerdeführers, die Europäische Gemeinschaft werde aufgrund ihrer weitgesteckten Ziele ohne erneute parlamentarische Rechtsanwendungsbefehle sich zu einer politischen Union mit nicht vorbestimmbareren Hoheitsrechten entwickeln können, nicht begründet.

Auch seien die vertraglich eingeräumten Aufgaben und Befugnisse und die dort geregelte Form der Willensbildung in der Europäischen Union und in den Organen der Europäischen Gemeinschaften nach Umfang und Verselbständigung nicht so ausgestattet, daß die Entscheidungs- und Kontrollzuständigkeiten des Deutschen Bundestages in einer mit dem unantastbaren Demokratieprinzip unvereinbaren Weise entleert werde.

Das Erfordernis einer hinreichend



## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Adresse existiert, doch das Haus selbst ist noch nicht in Betrieb. Dennoch veranstaltet das Bildungszentrum Schloß Wendgräben seit einiger Zeit bereits Seminare, Fachtagungen, Kolloquien und Foren — so z. B. in Magdeburg.

Eines der nächsten Projekte dort:

5. Dialog-Forum

**Medienlandschaften zwischen Meinungen und Rügen — Verpaßte Chancen auf dem Weg zu Pluralismus und Meinungsvielfalt?**

29. bis 30. Oktober 1993

Die Veranstaltung findet im Gemeindehaus (großer Saal) der Evangelischen Kirchengemeinde Altstadt Magdeburg statt.

Hauptthemen:

- Die Neustrukturierung der Medienlandschaft in den vergangenen drei Jahren
- Die Presse in den neuen Ländern — „Wir-Gefühl“ gegen „Einheitsgefühl“?
- Wie weit ist der Weg zum „gesamt-deutschen“ Leser?

Anmeldungen/Weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Wendgräben**  
**Lindenstr. 2, 3979 Isterbies**  
**Tel. 039245-291 u. 01 61-220 30 63**  
**Fax 039245-277**

bestimmten Regelung der den europäischen Organen eingeräumten Hoheitsbefugnisse bedeutet zugleich, daß spätere wesentliche Änderungen des im Unionsvertrag angelegten Integrationsprogramms und seiner Handlungsermächtigungen nicht mehr vom Zustimmungsgesetz zu diesem Vertrag gedeckt seien.

Wenn etwa europäische Einrichtungen oder Organe den Unions-Vertrag in einer Weise handhaben oder fortbilden, die von dem Vertrag, so wie er dem deutschen Zustimmungsgesetz zugrunde liege, nicht mehr gedeckt wäre, so wären die daraus hervorgehenden Rechtsakte im deutschen Hoheitsbereich nicht verbindlich.

Die deutschen Staatsorgane wären aus verfassungsrechtlichen Gründen gehindert, diese Rechtsakte in Deutschland anzuwenden.

Das Bundesverfassungsgericht prüfe daher, ob Rechtsakte der europäischen

Einrichtungen und Organe sich an die Grenzen der ihnen eingeräumten Hoheitsrechte hielten oder aus ihnen ausbrächen.

Auch Hoheitsrechte der Europäischen Gemeinschaften betreffen die Grundrechtsberechtigten in Deutschland und berührten damit die Gewährleistungen des Grundgesetzes und die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, die den Grundrechtsschutz in Deutschland und insoweit nicht nur gegenüber deutschen Staatsorganen zum Gegenstand haben.

Allerdings übe das Bundesverfassungsgericht seine Gerichtsbarkeit über die Anwendbarkeit von abgeleitetem Gemeinschaftsrecht in Deutschland in einem „Kooperationsverhältnis“ zum Europäischen Gerichtshof aus, in dem der Europäische Gerichtshof den Grundrechtsschutz in jedem Einzelfall für das gesamte Gebiet der Europäischen Gemeinschaft garantiert.



Generalsekretär Peter Hintze:

## Der Wahlkampf im nächsten Jahr wird unter dem Thema „Wir sichern Deutschlands Zukunft!“ stehen

**Mit einer eigenen Europa-Aktion wird nach einem Beschluß des Parteipräsidiums vom 11. Oktober die CDU noch in diesem Herbst die öffentliche Diskussion über den weiteren Fortschritt in Europa aufgreifen.**

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus im Anschluß an die Sitzung des Präsidiums erklärte dazu Generalsekretär Peter Hintze:

Wir wissen, daß wir es in der wichtigen Eurothematik noch mit sehr vielen Fragen und auch manchem emotionalen Vorbehalt zu tun haben. Wir wollen dem mit unserer Europa-Aktion begegnen und damit auch den Europa-Wahlkampf starten, der einen breiten argumentativen Vorlauf braucht.

Die weiteren Themen, die im Präsidium beraten wurden, waren die Lage in Rußland, der Hauptstadt-Umzug nach Berlin und die Kandidatur Steffen Heitmanns für das Amt des Bundespräsidenten. Dazu und zur Wahlkampfstrategie 1994 der Generalsekretär im einzelnen:

### **Nach Kräften zur Stabilisierung Rußlands beitragen**

Der Bundeskanzler hat seine Zuversicht zum Ausdruck gebracht, daß die Stabilisierung der innenpolitischen Lage in Rußland, wie sie sich jetzt abzeichnet, dauerhaft ist und daß Rußland seinen Weg zu Demokratie und Stabilität weitergeht. Wir wollen alles tun, was in unseren

Kräften liegt, auch unseren Einfluß im Rahmen der europäischen und der gesamten Völkergemeinschaft nutzen, um diesen Prozeß weiter zu fördern.

Das Gelingen des Stabilitäts- und Reformprozesses in Rußland ist eine wichtige Voraussetzung für den Frieden in Europa, für den Frieden in der ganzen Welt und für die friedliche Entwicklung der Völkergemeinschaft im 21. Jahrhundert.

### **Ohne Wenn und Aber für den Hauptstadt-Beschluß**

Die CDU tritt ohne Wenn und Aber für den Hauptstadt-Beschluß des Deutschen Bundestages ein, und zwar in seinen beiden Teilen, sowohl was die Verlagerung von Parlament und Regierung nach Berlin betrifft als auch die Ausgleichsmaßnahmen, die für Bonn erfolgen sollen.

Wir stehen zu diesem Hauptstadt-Beschluß aus zwei Gründen: Zum einen soll die deutsche Nation auch in der Frage des Parlaments- und Regierungssitzes ihren Ausdruck finden. Zum zweiten stehen wir dazu, weil das vereinte Deutschland vor ganz neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen steht und mit der Verlegung der Hauptstadtfunktion nach Berlin auch eine Neuordnung der Perspektiven im vereinten Deutschland verbunden ist.

Wir bedauern es sehr, daß sich die Diskussion in den letzten Wochen zum Teil



auf den finanziellen Aspekt dieser Frage verengt hat. Selbstverständlich ist es notwendig, in finanziell angespannten Zeiten auch besonders sorgsam diese Frage zu beachten. Aber die Frage der deutschen Hauptstadt darf nicht in einem Finanzgezerre stecken bleiben.

Der Bundeskanzler hat noch einmal bekräftigt, daß er den Umzug der Regierung bis zum Jahr 2000 vorsieht. Darüber, wann der Bundestag umzieht, muß das Parlament entscheiden. Wir werden ja in Kürze in den Fraktionen des Deutschen Bundestages darüber beraten.

Der Wahlkampf wird unter dem Oberthema „Wir sichern Deutschlands Zukunft!“ geführt werden. Wir werden ihn ganz klar thematisch führen, nämlich zu den drei großen Themen:

- Wie können wir in Deutschland eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze erhalten?
  - Wie können wir bei ansteigender Kriminalität mit neuen Instrumenten den neuen Herausforderungen für die Innere Sicherheit gerecht werden?
  - Das dritte große Thema wird das Umweltthema sein. Wir wollen das Wahljahr mit dem 5. Parteitag eröffnen, der vom 21. bis 23. Februar in Hamburg stattfindet. Hier soll unser neues Grundsatzprogramm verabschiedet werden, zu dessen Schwerpunkten im Grundsätzlichen die Bewahrung der Schöpfung und im Konkreten die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gehört.
- Neben der inhaltlichen Profilierung des Wahlkampfes werden wir natürlich auch

eine personelle Profilierung des Wahlkampfes vornehmen. Für uns ist es ein unschätzbare Vorteil, daß wir mit Bundeskanzler Helmut Kohl die drei Themen, die ich eben genannt habe, auch personell hervorragend zum Ausdruck bringen.

## Die Kandidatur Steffen Heitmanns offensiv vertreten

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat sich nochmals einhellig hinter die Kandidatur von Steffen Heitmann zum nächsten Bundespräsidenten gestellt.

Wir sehen in ihm einen Kandidaten, der hervorragend geeignet ist, das wiedervereinte Deutschland zu repräsentieren. In unserer Entschlossenheit für diese Kandidatur lassen wir uns auch durch das unfaire Sperrfeuer, wie wir es aus einigen Medien in diesen Tagen und Wochen erleben, nicht abhalten. Für eine ganze Reihe dieser Stimmen jedenfalls gilt, daß hier ein angesehener Bürger, ein erfolgreicher Justizminister, ein gerader und aufrechter Mensch öffentlich fertiggemacht werden soll, dessen einziger Makel darin besteht, daß er bereit ist, für das Bundespräsidentenamt zu kandidieren.

Wir werden uns dieser Kampagne nicht beugen. Wir werden die Kandidatur von Steffen Heitmann offensiv vertreten und sie zum Erfolg bringen. Ich bin sicher, daß die deutsche Bevölkerung Steffen Heitmann als Bundespräsidenten mit Sympathie und Unterstützung tragen wird.

*Die Berichterstattung über Ostdeutschland wird zu wenig den Problemen der dort lebenden Menschen gerecht, die durch die rasante gesellschaftliche und politische Umwälzung verursacht wurden. Der „Ossi-Wessi“-Gegensatz wird durch viele Medienbeiträge eher geschürt als abgebaut.*

Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Neumann



# Effektivität unserer Forschungseinrichtungen weiter steigern

**Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Forschung und Technologie“, Christian Lenzer, erklärte am 7. Oktober zum Ergebnis der Diskussion des Bundesforschungsberichtes 1993 im Bundesfachausschuß:**

Der Bundesfachausschuß „Forschung und Technologie“ hat den ersten gesamtdeutschen Bundesforschungsbericht als sehr positiv bewertet. Dieser Bericht dokumentiert die gute, vielfältige Forschungsinfrastruktur und damit den hohen Stellenwert, den die Forschung im vereinten Deutschland hat.

Trotz der insgesamt guten Situation der Forschung gibt es jedoch auch Ansatzpunkte für Verbesserungen. Die Forschung kann und muß in Deutschland insgesamt flexibler, schlanker werden, die Forschungseinrichtungen müssen ihre Effektivität noch weiter steigern. Deshalb fordert der Bundesfachausschuß, eine systematische Evaluierung der staatlich geförderten Forschungsinstitutionen — wie dies in den neuen Bundesländern geschehen ist — auch für die alten Bundesländer vorzunehmen.

Die Forschung muß in erhöhtem Maße durch die Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren zur Sicherung des Standortes Deutschland beitragen. Es geht darum, Forschungsergebnisse in Zukunft noch stärker als bisher in marktfähige Produkte umzusetzen. Das gute Wissenschafts- und das gute Technikpotential müssen frühzeitig verzahnt werden.

Die jetzige Situation, in der die knappen öffentlichen Mittel dazu zwingen, in stärkerem Maße Prioritäten bei den Forschungsausgaben zu setzen, sollte als

Chance und Herausforderung gesehen und entsprechend genutzt werden. Es gilt neue Akzente zu setzen.

Der Bundesfachausschuß hat in seiner Diskussion u. a. folgendes festgestellt:

- Die bundesdeutsche Forschung muß weiterhin durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen stimuliert werden. Entbürokratisierung auf breiter Ebene ist dazu ebenso unerlässlich wie die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

**Auch die Forschung muß zur Sicherung des Standortes Deutschland beitragen.**

- Staat, Wissenschaft und Wirtschaft müssen gemeinsam ein Konzept entwickeln, mit dem sie der Auslagerung von Forschung ins Ausland begegnen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist insgesamt zu stärken, denn Forschung geht letztendlich immer zum Produktionsstandort.

- Die staatliche Forschungsinfrastruktur ist bundesweit zu evaluieren. Ziel ist, Verkrustungen aufzubrechen und flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren.

- Entsprechend des derzeitigen Standes der Wissenschaft und der Komplexität unserer heutigen Probleme ist in Zukunft verstärkt eine multidisziplinäre Forschung gefragt.

Die Bemühungen um forschungsfreundliche Rahmenbedingungen und Effektivität von Forschungsstrukturen müssen darüber hinaus gekoppelt sein mit einer breiten Akzeptanz von Forschung und vor allen Dingen auch der Anwendung neuer Technologien.



## 6. Landesparteitag in Chemnitz

# Erstes Grundsatzprogramm zeigt, wie Sachsen im Jahr 2000 aussehen soll

Am Wochenende vom 9. und 10. Oktober wurde in Chemnitz von den Delegierten ein neuer Landesvorstand gewählt und ein erstes eigenes Grundsatzprogramm der Sächsischen Union verabschiedet. Es steht unter dem Titel: „Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen“. Damit wurde der Auftrag des 5. Landesparteitags nach einer landesweiten Grundsatzdiskussion erfüllt.

Der bisherige Landesvorsitzende der CDU Sachsen, Kurt Biedenkopf, wurde mit 88 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt, mit 8 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Ebenso klar bekannten sich die Delegierten zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Fritz Hähle, der 91 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Zwei der drei weiteren Stellvertreter, Heinz Eggert, Staatsminister des Innern, und Volker Schimpff, MdL, bekamen erneut das Votum der Delegierten.

Aus den Reihen der Beisitzer des alten Vorstandes konnte sich Arnold Vaatz, Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung, als dritter der stellvertretenden Vorsitzenden positionieren. Von den zwanzig Beisitzern ist fast die Hälfte zum ersten Mal dabei. Leider konnten sich in der 26-köpfigen Führungsriege nur vier Frauen behaupten. Neuer Schatzmeister ist Stephan Reber, MdL, aus Stollberg.

Der 5. Landesparteitag in Riesa hatte vor einem Jahr ein Arbeitsprogramm zur Diskussion eines eigenen Programmes beschlossen, das die Grundlage für die Wahlplattform im nächsten Jahr und darüber hinaus werden soll. Es wurde von

einer eigens dazu eingesetzten Kommission nun als Leitantrag an diesen Parteitag gerichtet und einstimmig angenommen.

Mit diesem Programm will die Sächsische Union einen weiteren Beitrag zur Erneuerung leisten. In der Präambel wird ausdrücklich an christliche Grundwerte und Traditionen appelliert. Das so geprägte Menschenbild der CDU wird im weiteren ausführlich beschrieben. Das Programm zeigt auch die außenpolitischen wie auch die innenpolitischen CDU-Positionen auf, die aber im wesentlichen in der Verantwortung des Bundes liegen.

---

### Grundsätze und Programme

---

Hauptanliegen des Programms sind die sächsische Landespolitik, die Kommunalpolitik und die Besonderheiten der sächsischen Regionen. Große Bedeutung mißt die CDU Sachsen den kleinen Lebenskreisen, dem einzelnen Bürger und seinen sozialen Beziehungen bei.

Biedenkopf erinnerte in seiner Rede daran, nicht zu vergessen, daß die Aufbauarbeit von den Menschen geleistet werde. „Die Einheit ist gelungen. Jetzt stellen die Menschen nur fest, daß sie verschiedene Erfahrungen haben,“ betonte Biedenkopf und sah darin eine Chance.

Viel Resonanz bekam Hähle, als er das Grundsatzprogramm vorstellte und damit eine Bilanz der Erneuerung zog. Nach seinen Worten werde der personelle Erneuerungsprozeß der sächsischen CDU wesentlich von der Nominierung der Kandidaten für die nächsten Wahlen bestimmt sein. ■



Wirtschaftsstrukturen jetzt neu gestalten:

## Arbeitsmarkt an den flexiblen Anforderungen orientieren!

**Anlässlich einer Expertenrunde des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ zu Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Kurt Falthäuser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Ernst-Moritz Lipp, Direktor der Dresdner Bank AG, erklärte die Vorsitzende, Christa Thoben:**

Politik, Wirtschaft und Tarifvertragsparteien können es mit konsequentem Handeln für einen modernen und flexiblen Wirtschaftsstandort Deutschland schaffen, dem Arbeitsmarkt neue Impulse zu geben und die gegenwärtige schwierige Phase zu überwinden. Wer allerdings meint, die gegenwärtigen schwierigen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit alten Lösungsansätzen beantworten zu wollen, hat noch nicht erkannt, daß die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland weit über die Frage nach der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hinaus geht. Die deutsche Wirtschaft hat ein starkes Interesse, ihre wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit selbst zu erhalten. Keine Entwicklung zeigt dies eindrucksvoller als die Verlagerung von Technologien und Arbeitsplätzen ins Ausland.

Politik, Wirtschaft und Tarifvertragsparteien müssen sich allerdings fragen, wie

künftig mit dem Arbeitsmarkt umzugehen sein wird. Angesichts des enormen Wettbewerbsdrucks, der auf der deutschen Wirtschaft gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten liegt, müssen sie sich damit auseinandersetzen, daß Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, ohne daß bei uns im entsprechenden Umfang neue Arbeitsplätze entstehen. Als hochtechnologischer Standort, als Standort mit gut ausgebauter Infrastruktur, hohem Qualitäts- und Leistungsbewußtsein und vorbildlichem Bildungssystem muß es allen für den Arbeitsmarkt in Deutschland Verantwortlichen darum gehen, verlorengegangene Arbeitsplätze

**Der Erhalt von Arbeitsplätzen wird zukünftig immer mehr von Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologien abhängen.**

in Deutschland wiederzugewinnen. Zugleich sind alle gefordert, sich auf ein anderes Bild des Arbeitsmarktes einzustellen. Von der durch die Einheit entstandenen Illusion, der Staat müsse alle Aufgaben auch am Arbeitsmarkt alleine lösen, muß zu den Realitäten zurückgefunden werden. Die für die Entwicklung am Arbeitsmarkt maßgeblich Verantwortung tragenden Tarifvertragsparteien sind gefordert, ihre Verantwortung für den Erhalt und die Sicherung der Arbeitsplätze wieder stärker gerecht zu werden.



Sie müssen sich wieder stärker als bisher den gesamtwirtschaftlichen Anforderungen zuwenden, als an alten tradierten Interessen und sektoralem Denken festzuhalten. Gerade in Zeiten schwieriger Umbrüche muß die Bereitschaft wachsen, von veralteten Strukturen und Interessen Abstand zu nehmen, um sich auf die Anforderungen der Zukunft nach mehr Flexibilität und nach modernen Arbeitsbedingungen einzustellen und in komplexen Zusammenhängen zu denken.

### **Folgende Maßnahmen sind unerlässlich:**

**1.** Die wirtschaftliche Situation ist für die öffentlichen Haushalte dramatischer als erwartet. Den Gürtel enger zu schnallen, fordern viele, aber schwierig ist die Umsetzung, da jeder auf den Gürtel des anderen hinweist. Wenn wir es jetzt aber nicht schaffen, die Weichen auf drastisches Sparen zu stellen, dann werden wir im nächsten Jahr um zusätzliche Einsparungen nicht herkommen. Auch ist die Belastungsgrenze bei Steuern und Abgaben erreicht. Die Neuverschuldung kann auch nur begrenzt ein Mittel zur Überwindung der konjunkturell bedingt verminderten Einnahmen und gleichzeitig arbeitsmarktbedingt höheren Ausgaben sein. Die Maßnahmen im Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm sind daher unverzichtbar, um die Finanzen zu konsolidieren und die Stabilität der Mark zu erhalten.

**2.** Quantitatives als auch qualitatives Wachstum zu fördern wird in den kommenden Jahren an Bedeutung für die Entlastung des Arbeitsmarktes gewinnen. Wachstum zu fördern verlangt klares politisches Handeln. Die CDU hat mit den „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und die Bundesregierung mit ihrem „Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes

Deutschland“ den Weg hierzu aufgezeigt. Die SPD ist bislang klare, eigenständige und nicht kontraproduktive Antworten schuldig geblieben. Sie hat sich bisher als Zukunftsverweigerer erwiesen.

Zu den vordringlichsten Aufgaben zur Förderung von Wachstum gehören:

- In vielen Bereichen behindern zu langwierige Verfahren, zunehmende Verrechtlichung und die Komplexität der Vorschriften das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen. Vor allem in den neuen Bundesländern erweist sich die hohe Regulierungsdichte als Bremse für Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Beseitigung administrativer Hemmnisse, vor allem die Beschleunigung und Vereinfachung bei Verfahren, aber auch die Überprüfung von Standards im Bau-, Umwelt- und Verkehrsbereich sowie die Verkürzung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren bei der Gentechnik erleichtern Investitionen.

- Der Erhalt von Arbeitsplätzen wird zukünftig immer mehr von Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologien abhängen. Deutschland darf auf den Gebieten Biotechnologie, Raumfahrt, Informationstechnik, Mikroelektronik und Materialforschung den Anschluß nicht verlieren oder Konkurrenten bereits heute den Markt überlassen. Die Unternehmen müssen in erster Linie diese Zukunftsvorsorge treffen und rechtzeitig Produktangebote sowie Produktionsverfahren den Erfordernissen des Strukturwandels anpassen. Dies ist eine Managementaufgabe, die den Unternehmen niemand abnehmen kann. Für die Politik ist die Handlungsaufgabe zur Förderung von Zukunftstechnologien um so größer, je weniger Unternehmen den Willen zur Umsetzung von Projekten und zur Modernisierung artikulieren.

Statt überalterte Wirtschaftsstrukturen im bisherigen Umfang zu konservieren, muß



es uns mittelfristig gelingen, finanzielle Mittel in die Förderung moderner Technologien umzulenken. Umschichtungen in Technologien von morgen eröffnen die Perspektive für die Rückgewinnung verlorener Arbeitsplätze. Hierfür sind alle, vor allem die SPD, die bislang nur theoretisch abstrakt den Abbau von Subventionen formulieren, gefordert, konkrete Vorschläge und klare Konzepte zu entwickeln. Sie müssen dann auch bereit sein, diese umzusetzen. Mit Einsparungen bei den 20 größten Finanzhilfen von insgesamt rund 5 Prozent ließe sich ein beachtlicher Beitrag für die Sicherung neuer Arbeitsplätze in hochtechnologischen Branchen erzielen.

● Die mittelfristige Fortsetzung der durch die deutsche Einheit vorübergehend unterbrochenen Steuersenkungspolitik. Die Steuer- und Abgabenbelastung hat ihre Grenze erreicht. Deswegen muß es auf mittlere Frist wieder darum gehen, die Belastung auf ein Niveau vor der Vereinigung Deutschlands zu senken.

**3.** Erstarrte Strukturen am Arbeitsmarkt fordern auf, die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu erhalten und zu verbessern.

● Die Arbeitsmarktbedingungen sind heute so verengt, daß vielen Menschen der Weg zu einem regulären Arbeitsplatz versperrt bleibt. Das Beispiel des Schlechtwettergeldes wird Prüfstand für einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung von Schwarzarbeit, aber auch zur Verbesserung der Tarifautonomie sein. Ein stufenweiser Abbau sollte es den Tarifvertragsparteien ermöglichen, ein Modell zum Übergang zu Jahresarbeit zu entwickeln.

● Bei der Novelle des Arbeitszeitgesetzes sind die Einwände gegen die vom Bundesarbeitsminister vorgesehene Berücksichtigung von Ausnahmemöglichkeiten aufgrund wirtschaftlicher Probleme bzw. zur Stärkung der Arbeitsplatzsicherheit

nicht akzeptabel. Der Bundesfachauschuß hält an seiner bisherigen Meinung fest, daß es in begründeten Ausnahmefällen in Zukunft möglich sein muß, auch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Arbeitsplatzsicherheit, Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot zuzulassen.

● Die bisher vorgesehenen Modellversuche im Zusammenhang mit der Lockerung des Monopols der Arbeitsvermittlung sind unzureichend. Sie geben der Bundesanstalt für Arbeit einen so massiven Einfluß auf die Auswahl der zugelassenen „Modelle“ und belassen die Bewertung der Ergebnisse bei der Bundesanstalt für Arbeit, die die ganzen Versuche aus grundsätzlichen Erwägungen für nicht richtig hält. Tatsächliche Modellversuche müßten weitaus unabhängiger von der Bundesanstalt für Arbeit zugelassen und angeregt werden.

**4.** Wir brauchen den raschen Abschluß der Energiekonsens-Gespräche, der über einen langen Zeitraum hinweg Planungs- und Entscheidungssicherheit gibt. Die Energieversorgung und Energiekostenstruktur sind ein wichtiger Faktor in den Kalkulationen der arbeitsplatzerhaltenden und -schaffenden Unternehmen. Den Energieversorgern muß es möglich gemacht werden, eine Tarifstruktur zu entwickeln, die im internationalen Wettbewerb Bestand haben kann.

**5.** Zum Aufbrechen gewachsener verkrusteter Strukturen zählt auch die forcierte Privatisierung von Beteiligungen an Unternehmen und Aufgaben, die die öffentliche Hand bisher wahrnimmt. Dadurch können sich neue zusätzliche Beschäftigungsperspektiven entwickeln, wenn Private die bislang staatlichen Aufgaben mindestens genauso gut erledigen können. Die Privatisierung gewerblicher Unternehmen wie z. B. der Lufthansa, aber auch von Telekom und Bahnen



## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Schriftstellergespräche sind für die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht neu. In jüngerer Zeit gab es solche in Bonn, Berlin und Weimar. Nun kommt ein weiteres Symposium hinzu. Die Intention der Veranstalter: den historischen Zusammenhang von Literatur und Politik an exemplarischen Fällen einsichtig zu machen, neuere Forschungsaspekte vorzustellen und vor allem einen Beitrag zu einem verständigen Dialog zwischen Geist und Macht zu leisten.

5.—6. November 1993

### Autor, Macht, Staat — Literatur und Politik in Deutschland

Veranstaltungsort: Wissenschaftszentrum in Bonn-Bad Godesberg

Einige der Hauptthemen:

- Die Intellektuellen und die nationale Identität der Deutschen
- Deutschland- und Europavorstel-

lungen der Schriftsteller im 20. Jahrhundert

- Ideologische Irrungen und Wirrungen von Schriftstellern im 20. Jahrhundert
- Von Thomas Mann bis Martin Walser — Schreiben über Deutschland, Leiden an Deutschland
- „Und was tatest du?“ — Schriftsteller und die Macht nach 1945 — Zum Streit zwischen Thomas Mann und Walter von Molo
- Verdacht und Verrat — Der Einfluß der Stasi-Vergangenheit auf die literarische Szene

Anmeldungen/Weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**  
**Politische Bildung**  
**(Hauptabteilung Kultur)**  
**Urfelder Str. 221**  
**50389 Wesseling/**  
**Schloß Eichholz**

schaft mittelfristig auch finanzpolitischen Spielraum, um neue zusätzliche Impulse zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben.

**6.** Die Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern setzt den erfolgreichen Aufbau leistungsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen voraus. Die Treuhandanstalt hat hierbei die verantwortungsvolle Aufgabe wahrzunehmen, durch Privatisierung und Reprivatisierung wettbewerbsfähige Unternehmen zu schaffen. Dies kann jedoch auch nur dann gelingen, wenn durch Investitionen die Unternehmen rentable Dauerarbeitsplätze schaffen können. Bei vielen reprivatisierten oder durch Management-by-out privatisierten Unternehmen wirkt sich die arbeitsrechtliche Ungleichbehand-

lung zwischen Wieder- und Neugründungen hemmend auf den Erhalt von Unternehmen und damit von Arbeitsplätzen aus.

**7.** Die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven, vor allem mit dem Ziel des Abbaus struktureller Arbeitslosigkeit, ist eine Aufgabe, die auch die enge Abstimmung in der Europäischen Gemeinschaft und mit den sieben großen Industrieländern erforderlich macht. Der erfolgreiche Abschluß der GATT-Runde ist der entscheidende Prüfstein für freien und reibungslosen internationalen Handel. Aktuelle Tendenzen nach mehr Produktionismus, insbesondere im Streben Frankreichs nach einem organisierten Außenhandel, sehen wir daher mit großer Besorgnis. ■



## Betriebsratswahlen

# 200.000 Arbeitnehmervertreter stellen sich 1994 neu zur Wahl

1994 ist Wahljahr. Nicht nur die Bundestagswahl und verschiedene Landtagswahlen stehen an. Für viele Arbeitnehmer finden in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 1994 auch die Betriebsratswahlen statt. Betriebsratswahlen sind so wichtig wie allgemeine politische Wahlen. In den Betrieben, am Arbeitsplatz, wird wesentlich die politische Meinung beeinflusst. Das wird auch durch die hohe Wahlbeteiligung von etwa 80 Prozent deutlich. Es zeigt sich auch an den etwa 200.000 zu wählenden Arbeitnehmervertretern.

Die Betriebsräte als Vertretung der Arbeitnehmerschaft werden aufgrund des rasanten technischen Wandels für die Arbeitnehmer in den Betrieben immer wichtiger. Wirtschaftliche und personelle Entwicklungen müssen von den Arbeitnehmervertretern in ihren Auswirkungen mitbestimmt werden. Ohne Mitbestimmung durch die Betriebsräte wird die Arbeitnehmerschaft durch die Arbeitgeber in besonderem Maße fremdbestimmt.

Die Betriebsräte nehmen die Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer in sozialen und personellen Angelegenheiten wahr. Dazu gehören u. a.:

- Arbeitszeitregelungen einschließlich Überstunden,
- befristete Arbeitsverträge,
- Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen,

- die betriebliche Lohngestaltung einschließlich der Akkord- und Prämien-sätze,
- Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung der Arbeitnehmer,
- Versetzungen und Kündigungen des Arbeitnehmers.

Betriebsräte werden nicht nur in Großbetrieben gewählt, sondern auch in Klein- und Mittelbetrieben, wo über 60 Prozent der erwerbstätigen Menschen arbeiten. Hier wird die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) bei den kommenden Wahlen einen Schwerpunkt setzen.

### Aufforderung:

### Stellt euch der Kandidatur

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CDA/CDU muß es eine Selbstverständlichkeit sein, sich als Kandidaten bei den Betriebsratswahlen zur Verfügung zu stellen. Mitglieder der CDA/CDU sollen zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für die Arbeitnehmer ermuntert, vorbereitet sowie bei Wahlen unterstützt werden.

### ● Bildung von Betriebsräten nicht behindern

Die CDA fordert die Arbeitgeber auf, die Bildung von Betriebsräten nicht zu behindern. Kein Arbeitgeber sollte stolz darauf sein, wenn es in seinem Betrieb keinen Betriebsrat gibt.



## ● In den Gewerkschaften mitarbeiten

Für eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist es sinnvoll, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch in den Gewerkschaften sollen die Mitglieder der CDA/CDU Funktionen übernehmen. Wer in den Gewerkschaften nicht mitarbeitet, darf sich nicht beklagen, wenn er bei innergewerkschaftlichen Personalentscheidungen, wie Listenaufstellungen bei Betriebsratswahlen, nicht zur Geltung kommt.

## ● Berücksichtigung der CDA-Kolleginnen und Kollegen

Die CDA fordert insbesondere die Einheitsgewerkschaften auf, christlich-demokratische und christlich-soziale Kolleginnen und Kollegen bei ihren Personalentscheidungen zu berücksichtigen. Diese Kolleginnen und Kollegen sollen wegen ihrer Parteizugehörigkeit nicht benachteiligt werden.

## ● Wir bieten an:

Im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) werden zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen Seminare angeboten.

## Termine:

12.—14. November 1993

13.—15. Dezember 1993

Bei diesen Seminaren werden u. a. folgende Fragen beantwortet:

*Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind für uns eine unverzichtbare Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung und Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts. Die Mitverantwortung der Beschäftigten hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft sowie zu Stabilität und sozialem Frieden beigetragen.*

Aus dem Grundsatzprogramm-Entwurf

## Hinweis:

Die Broschüre „Betriebsratswahl“ mit dem Text des Betriebsverfassungsgesetzes, dem Text der Wahlordnung, einem Leitfaden für die Betriebsratswahl mit Zeittafel und Mustervorlagen steht auch für die Betriebsratswahl 1994 zur Verfügung. Sie kann in ausreichender Zahl bei der CDA-Hauptgeschäftsstelle angefordert werden.

- In welchen Betrieben werden Betriebsräte gewählt?
  - Wie wird die Betriebsratswahl in Gang gebracht?
  - Wer bestellt den Wahlvorstand?
  - Was hat der Wahlvorstand im allgemeinen zu beachten?
  - Wer kann wählen?
  - Wer darf Kandidaten vorschlagen?
  - Wer setzt den Wahltermin fest?
  - Wie viele Betriebsratsmitglieder sind zu wählen?
  - Bekanntgabe der Wahlvorschläge
  - Wie sehen die Stimmzettel aus?
  - Durchführung der Wahl
  - Ist Briefwahl möglich?
  - Feststellung des Wahlergebnisses
  - Kann die Wahl angefochten werden?
- Ansprächen wollen wir mit diesen Seminaren besonders die Kolleginnen und Kollegen der Klein- und Mittelbetriebe. Als Ansprechpartner der CDA-Hauptgeschäftsstelle steht der Referent für die Betriebsarbeit, Gerhard Fuchs, mit zusätzlichen Informationen und praktischem Rat zur Verfügung.



Deutschlandtag  
der Jungen Union

# „Standort Deutschland – hopp oder top?!“

29. bis 31. Oktober 1993  
Bochum

**Z**u ihrem Deutschlandtag vom 29. bis 31. Oktober lädt die Junge Union nach Bochum ein. Im Mittelpunkt der Beratungen soll die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland stehen.

Es geht um sichere Arbeitsplätze mit Zukunft, Schubkraft für die notwendige

Modernisierung — auch zum Schutz der Umwelt —, ein Absenken der Neuverschuldung des Staates, die Stärkung der Leistungskraft und den Erhalt des sozialen Friedens.

In fünf Foren sollen diese Themen ausführlich diskutiert und beraten werden.

JU-Bundesvorsitzender Herman Gröhe: Außerdem wollen wir auf unserem Deutschlandtag wirksame Schritte tun, um endlich vermehrt jungen Frauen den Weg zu uns und in politische Verantwortung bei uns zu öffnen.

Höhepunkt der Veranstaltung wird am Sonntag, dem 31. Oktober, um 10.30 Uhr, wie es auf Deutschlandtagen der Jungen Union inzwischen schon Tradition geworden ist, die Gelegenheit zur Diskussion mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, sein.

## Globale Stabilität und Sicherheit ohne Entwicklung ein Aberglaube?!

Unter diesem Titel veranstaltet die Junge Union Deutschlands zusammen mit der Jungen Union Bayern einen entwicklungspolitischen Kongreß. Er findet am 16. und 17. Oktober im Hotel „Altea“ in Nürnberg statt.

## Personalien

Die CDU-Fraktion der hamburgischen Bürgerschaft hat den 38jährigen Rechtsanwalt **Ole von Beust** zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Erste stellvertretende Vorsitzende wurde Birgit Schnieber-Jastram. Zum zwei-

ten stellvertretenden Fraktionschef wurde Roland Salchow gewählt.

Der bisherige Fraktionsvorsitzende Rolf Kruse wurde mit 32 Stimmen zum Ersten Vizepräsidenten der Bürgerschaft nominiert. Zum Schriftführer im Haushaltsausschuß nominierte die Fraktion wie bisher Ralf Mairose.



# CDU geht beim Umweltschutz mit gutem Beispiel voran

**Damit wir nicht nur den Umweltschutz fordern, sondern auch mit gutem Beispiel vorangehen, prüfen wir bei jeder Werbemittel-Produktion den Einsatz umweltfreundlicher Materialien.**

Aus diesem Grund drucken wir unsere Broschüren, Faltblätter und Plakate ausschließlich auf chlorfrei gebleichtem Papier und z. B. unsere Aufkleber auf umweltschonenden PE-Folien.

Ein weiteres Beispiel ist unser umweltfreundlicher Kugelschreiber. Hierbei wird die Hülse aus ungebleichtem Altpapier hergestellt, wodurch 70 Prozent weniger Kunststoff verwendet wird als bei herkömmlichen Kugelschreibern. Kappe und Spitze bestehen zwar noch aus Kunststoff, jedoch handelt es sich hierbei um cadmium- und bleifrei eingeschmolzene Produktionsabfälle.

Und damit sind wir auch schon beim Thema: Wer denkt schon angesichts eines herkömmlichen Kugelschreibers an grundwasserbelastende Schwermetalle, die dem Kunststoff beigemischt werden, wie Cadmium oder Blei? Und damit Sie

unsere umweltfreundlichen Produkte auch jederzeit erkennen können, tragen diese ein spezielles Zeichen, das CDU-Umweltblatt.



**CDU-Notizblock aus chlorfrei recyceltem Altpapier**

Bestell-Nr.: 9813  
Mindestabnahme: 200 Expl.  
Preis je 200 Expl.: 48 DM.



**● CDU-Umwelt-Kugelschreiber**

Bestell-Nr.: 9430  
Mindestabnahme: 50 Expl.  
Preis je 50 Expl.: 35 DM.

**● CDU-Papierfähnchen mit umweltfreundlichen Kartonstäbchen**

Bestell-Nr.: 9513  
Mindestabnahme: 1.000 Expl.  
Preis je 1.000 Expl.: 107 DM.

**● CDU-Rommé-Spiel in umweltfreundlicher Papphülle**

Bestell-Nr.: 9261  
Mindestabnahme: 5 Expl.  
Preis je 5 Expl.: 22 DM.

Alle Preise incl. Versand zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64, 33759 Versmold  
Fax (0 54 23) 4 15 21**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, oder per Fax: (0228) 544-372.

# UID

31/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.